

Wer zahlt die Milliarden? Nach Bankenpaket kommen die Belastungen

Die arbeitenden Menschen haben die Krise nicht gemacht. Sie sollen aber die Kosten für die Rettungspakete tragen: Durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Belastungspakete. Die KPÖ sagt: Wer den Schaden angerichtet hat, soll auch die Rechnung dafür zahlen. Und das sind die Supermanager und Spekulanten.

Früher hat es geheißen „Mehr privat – weniger Staat“. Jetzt haben die Manager nichts gegen den Staat, wenn die Banken Milliarden aus Steuergeldern bekommen sollen.

Das Gottvertrauen auf den „freien Wettbewerb“ ist wie ein Kartenhaus zusammengebrochen.

Jetzt tun die Politiker und Supermanager so, als ob niemand Schuld am Schlamassel hätte. Und sie kassieren weiter ihre Millionen.

Zahlen sollen wir alle. Was hat sich durch die Milliarden spritzen für das Kapital für uns geändert?

Die Vernichtung von Arbeitsplätzen, vor allem in der Industrie beschleunigt sich. Das Wachstum der Arbeitslosigkeit ist nicht gestoppt worden.

Und am Ende werden auf uns Belastungspakete zukommen, die sich gewaschen haben. Die Rettungspakete

für die Milliardäre und Spekulanten werden nämlich von uns, den Steuerzahlern, finanziert. Reichtum und Kapital werden nicht angetastet.

Das neue Budget der Regierung zeigt das ganz genau. Überall wird gekürzt,

nur die Banken bekommen, was sie wollen.

Karl Fluch: „Die KPÖ schlägt einen anderen Weg vor. Wir wenden uns gegen Kündigungen

und Lohnverzicht und wir fordern dazu auf, dass die Verantwortlichen auch für die Kosten der Pleiten und Krisen aufkommen.“



Eisenerz: Ein Riesendefizit

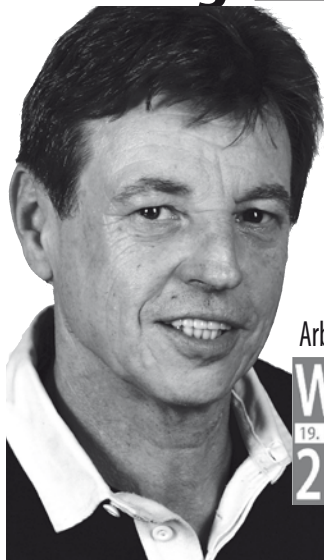
Keine Zustimmung gab es von der KPÖ-Fraktion für das Budget der Stadt Eisenerz, das am 11. Dezember 2008 beschlossen wurde. Der Hauptgrund: Der Abgang im ordentlichen Haushalt beträgt 2.546.900 Euro! KPÖ-Gemeinderat Karl Fluch sieht eine große Gefahr darin, sich „immer auf das Land und Bedarfszuweisungen zu verlassen. Bei uns werden diese immer zum Löcher stopfen verwendet“.

Für die Kontoüberziehung wird ein Kassenkredit für das Jahr 2009 in der Höhe von 1,500.000 bei der Bawag PSK Wien aufgenommen. KPÖ und FP gaben keine Zustimmung.

Außerdem wurde eine Reihe von Tarifen und Gebühren erhöht. Die KPÖ-

Fraktion gab den Tarifierhöhungen im Vitalbad keine Zustimmung. Gemeinderat Karl Fluch sagte, dass die Preise dort schon die höchsten in der Region sind und die Erhöhung einen weiteren Besucherrückgang bringen wird.

Im außerordentlichen Haushalt sind folgende Ausgaben vorgesehen: Ankauf eines Fahrzeuges für die freiwillige Feuerwehr 50.000 Euro, an den Verein Familien- und Jugendgästehaus 232.600 Euro; für Stadterneuerung re-design 1 Million Euro; für den Umbau der Rot Kreuz Bezirksstelle 50.000 Euro; Sanierung Fichtenstraße 200.000 Euro; Instandhaltung von Gebäuden (Hieflauerstraße 28) 400.000 Euro.



Arbeiterkammerwahl 2009

Peter Scherz in der AK: Jetzt muss man kämpfen!

Arbeiterkammer
WAHL
19. MÄRZ – 1. APRIL
2009

Gegen die Stimmen der ÖVP forderte die Vollversammlung der steirischen AK am 5. Februar auf Antrag von Peter Scherz mehrheitlich die Bundesregierung auf, die Finanzierungsvorbehalte für sinnvolle Vorhaben im Regierungsprogramm zu streichen. Peter Scherz: „Ein Konjunkturprogramm muss für alle da sein und möglichst hohe Beschäftigung zum Ziel haben. Die Mehrheit der Bevölkerung darf nicht die Zeche der Finanz- und Wirtschaftskrise zahlen.“

Ebenfalls beschlossen wurde ein klares Bekenntnis der AK zum Umla-

geverfahren bei den Pensionen: „Das bedeutet die Einhaltung der zugesicherten Drittelfinanzierung des Staates für die Pensionen und die Rückführung der Pensionsfinanzierung vom Kapitalmarkt auf das Umlagensystem.“

Auf der Vollversammlung betonte GLB-Vertreter Peter Scherz: „Es ist notwendig, dass die AK als Gegengewicht zur neoliberalen Wirtschaftspolitik auftritt. Gerade in der Krise zeigt sich, dass die Sozialpartnerschaft nicht das Maß aller Dinge ist. Jetzt muss man kämpfen, wenn man etwas für die Arbeiter erreichen will.“

Warum GLB – Liste 5 wählen?

Bei der AK-Wahl gibt es auch eine Gruppe, die anders ist als die anderen. Ich habe mich deshalb entschlossen, den GLB zu unterstützen.

Er ist die Stimme des einfachen Menschen und trägt das Gedankengut der Arbeiterbewegung in alle Ebenen, in der er vertreten ist.

Arbeiterkammerrat Peter Scherz ist wirklich die Stimme aus dem Betrieb. er ist Werkzeugmacher und Betriebsrat bei Magna Steyr in Graz und vertritt den kleinen Mann, wo er nur kann.

Der GLB ist eine familiäre Gemeinschaft, eine Gruppe, die weiß, wo die Leute der Schuh drückt.

Karl Fluch

Nein zur Geschäftemacherei mit Friedhöfen!

KPÖ-LAbg. Murgg: Entschiedene KPÖ-Ablehnung der Gesetzesnovelle

Ein klares Nein zur Privatisierung steirischer Friedhöfe, wie sie eine Novelle des steirischen Leichenbestattungsgesetzes vorsieht, kommt von der KPÖ. Das betonte LAbg. und Stadtrat in Leoben Werner Murgg. Murgg wies darauf hin, dass es sich dabei um einen Gesetzesentwurf handelt, der noch nicht im zuständigen Ausschuss behandelt wurde.

Murgg schließt sich den Argumenten des Grazer Koordinators evangelischer Friedhöfe, Hans Frühstück, an: Was geschieht, wenn ein privater Friedhofsbetreiber in Konkurs geht? Murgg befürchtet, dass die Kosten dann wieder von der öffentlichen Hand übernommen werden müssen, während die Gewinne in private Taschen wandern. Ein Muster, das sich bei der

Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen bereits oft wiederholt hat.

Werner Murgg: „Die Geschäftemacherei soll nun auch auf die Friedhöfe ausgedehnt werden, trotz der negativen Erfahrungen der vergangenen Jahre. Die KPÖ wird diesem Vorschlag auf keinen Fall ihre Zustimmung geben! Beim Tod sollte die Geschäftemacherei endgültig aufhören!“

Elisabeth Weinrich verstorben

Unsere langjährige Gemeinderätin Elisabeth Weinrich ist am 14. Jänner im Alter von 88 Jahren verstorben.

Sie war viele Jahre lang im Gemeinderat der Stadt Eisenerz tätig. Über vier Jahrzehnte lang war sie Ferienverantwortliche der Organisation Kinderland und ihre Mitarbeit im Zentralverband der Pensionisten war auch sehr geschätzt.

Wir trauern um sie. Unser Mitgefühl gilt ihren Angehörigen.

KPÖ Eisenerz
Kinderland Eisenerz

Zentralverband der Pensionisten Eisenerz



Wie eine Lawine

Liebe Eisenerzerin! Lieber Eisenerzer!

Die jetzige Krise ist wie eine Lawine. Zuerst war sie weit weg und klein. Jetzt trifft sie uns alle und reißt vieles mit, was nicht niet- und nagelfest ist.

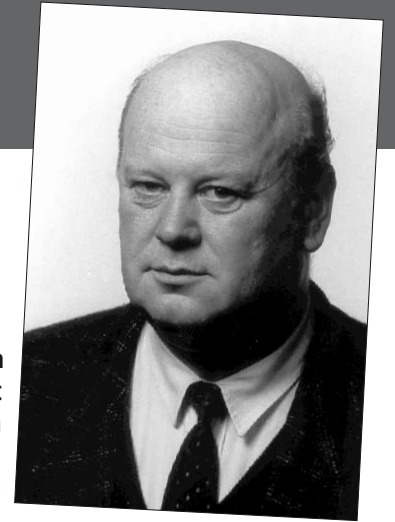
Wenn ich die Manager oder Leute wie Hannes Androsch im Fernsehen anschau, dann fällt mir ein, wie sie vor einem Jahr noch ganz anders geredet haben. Jetzt halten sie die Hand auf.

Zuerst haben sie riesige Gewinne gemacht, jetzt verlagern sie die Fabriken ins Ausland. Ich frage mich nur, wo die Millionen geblieben sind, die damals aus den Leuten herausgepresst worden sind.

Auch in unserer Region sind Fabriken zuge-sperrt worden, auf dem Erzberg spürt man die Lage der Voest-Alpine. Gewerkschaft und AK sagen noch immer Ja und Amen.

Die Arbeiterkammerwahl ist eine Gelegenheit, um die Herrschaften aufzuwecken. Man kann der KPÖ und dem Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB) vielleicht einiges vorwerfen.

von
KPÖ-Gemeinderat
Karl Fluch



Eines stellt sich aber jetzt heraus: Wir haben immer die Wahrheit gesagt. Wir waren und sind keine Schönfärber.

Deshalb, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wenn Sie bei der AK-Wahl (19. März – 1. April) wahlberechtigt sind, dann helfen Sie bitte mit, dass der GLB, Liste 5 in der AK bleibt. Peter Scherz, der Spitzenkandidat, ist bei Magna-Steyr selbst von der Kurzarbeit betroffen. Er ist die Stimme aus dem Betrieb, die wir jetzt brauchen.

Glückauf
Ihr Karl Fluch

**Sommer, Sonne,
Ferien: Los!**

kinderland Steiermark

1-2 oder 3
Wochen möglich!

für Kinder im Alter
von 6 bis 15 Jahren

**vom 12. Juli
bis 30. August**

Auskunft und Anmeldung:

kinderland Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at

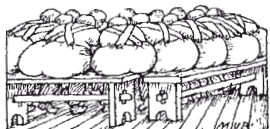
www.kinderland-steiermark.at



*Wir wünschen allen
Eisenerzerinnen und
Eisenerzern ein frohes
Osterfest.*

**Karl Fluch und die
Redaktion von
"Rund um den
Erzberg".**





Aus der Eisenerzer Gemeindestube

Ferierendorf im Münichtal Bauträger will eine Million

Die **Almdorf Bauträger GmbH** beabsichtigt, von der WAG die sogenannte Siedlung Münichtal käuflich zu erwerben, um eine **Tourismusanlage** in Form eines Ferienparks zu errichten. Aufgrund der bestehenden Mietverträge und der Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes sowie zur Vermeidung von sozialen Härten ist man übereingekommen, die Tourismusanlage in mehreren Schritten zu errichten. Zur Abdeckung dieses Mehraufwandes ersuchte der Bauträger die Stadtgemeinde, Infrastrukturanlagen in der Siedlung Münichtal und in ihrer Umgebung im Gegenwert von insgesamt einer Million Euro brutto zu errichten.

Geld für Telearbeit

Die Stadtgemeinde verpflichtete sich, im Rahmen des Gemeindeverbandes 100.000 Euro (den noch ausstehenden Teilbetrag) an die **Telearbeitszentrum Eisenerz GmbH** für die Komplettlösung der Internetplattform, als Voraussetzung für den Weiterbestand und zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Zusätzlich hat der regionale Entwicklungsverband 50.000 Euro an die Nekom

Informationstechnik GmbH Bärnbach zu bezahlen.

Pfarrre mietet Kirche

Die Pfarre Eisenerz wird eine eigene Rechtsperson „Liebfrauenkirche“ errichten und das **Objekt Liebfrauenkirche** von der Stadtgemeinde mieten. Weiters wird eine Optionsvereinbarung abgeschlossen, dass die Liebfrauenkirche nach 10 Jahren in das Eigentum der Diözese Graz-Seckau übertragen wird.

Dem Kauf des Objektes **Krumpentalerstraße 76** aus der Verlassenschaft Johann Glatz zu einem Verkehrswert von 6.000 Euro wurde zugestimmt, da sich die Liegenschaft direkt im Gebiet der geplanten Umfahrung Erzberg befindet.

Subventionen

Für die **Lehrlingsförderung 2008** wurden pro Lehrling 4.500 Euro genehmigt.

An Förderungen für die heimischen **Bauern** wur-

den insgesamt 5.436 Euro ausbezahlt.

An die **Eisenerzer Vereine und Institutionen** wurden an Jahressubventionen 15.770 Euro gewährt, Herr Fedl erhielt für die Veranstaltung Fest auf Stroh 500 Euro: Herr Helmut Haindl (Mediationsbüro) für die Kabarettveranstaltung Ermi Oma 500 Euro.

Herr Franz Haidn, Franztech Mechatronik GmbH bekam eine Wirtschaftsförderung von 500 Euro für die Betriebseröffnung. Frau Anita Schopper für den Umbau von **Fremdenzimmern** 350 Euro und für die Aktion „Hofer Reisen“ gab es einen Anerkennungsbeitrag von 100 Euro.

Für das **Jugendzentrum** wurde bei der Firma Lauten in Trofaiach ein Öltank um brutto 1.700 Euro angekauft. Für den Jugendschachtag gab es 300 Euro, für die Dreijahresfeier des Jugendzentrums 400 Euro.

Der **Continental Cup** in der Nordischen Kombination wurde mit 1.000 Euro gefördert. Die Union Eisenerz erhielt für die

Durchführung von vier Landesmeisterschaften in verschiedenen Modellflugklassen 600 Euro; der VAM Volleyball wurde eine Subvention von 1.500 Euro gewährt, der Yachtclub Eisenerz erhielt 150 Euro, die WSV-Fußballjugend 2.100 Euro und die ESV-Fußballjugend 1.000 Euro (pro Kind 30 Euro).

Für das **Echo- und Weisenbläsertreffen** vergab die Stadt 700 Euro, weiters wurden um 840 Euro 20 Bücher „Berg erleben“ angekauft; für das Krampusspiel am Schichtturm gab es 300 Euro.

Weiters wurde auch das **Kulturprogramm** für das Jahr 2009 in der Höhe von 64.340 Euro beschlossen.



**Helfen statt reden
Sozialberatung der KPÖ**

Notruf 0316/ 877 5101

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Freitag im Landhaus!

Der Kindermaskenball von Kinderland begeistert jung und alt



Ausgezeichnete Stimmung herrschte bei dem schon zur Tradition gewordenen Faschingsfest von Kinderland Eisenerz im Innerberger Gewerkschaftshaus. Dabei konnten Kinder, Eltern und Großeltern miteinander schöne und vergnügliche Stunden erleben.



Tanz- und Geschicklichkeitsspiele heizten die Stimmung an. Wie immer sorgte das „Erzberg-Trio“ für beste Unterhaltung.

Hiefiau: Postamt wird gesperrt

Das Postamt in Hiefiau soll schon heuer zugesperrt werden. Wie lange wir in Eisenerz noch ein Postamt haben werden, ist höchst unsicher. Wir haben in der Region immer weniger Infrastruktur. Die Eisenbahnlinie wurde eingestellt, das Bezirksgericht wurde geschlossen. Jetzt kommt die Post dran.

KPÖ-Gemeinderat Karl Fluch: „Mit solchen Maßnahmen wird den länd-

lichen Regionen der Todesstoß versetzt. Selbst größere Gemeinden wie Spielberg verlieren nun ihr einziges Postamt. Weitere Arbeitsplätze werden in Zeiten einer Rekordarbeitslosigkeit vernichtet, die Versorgung der Bevölkerung verschlechtert. Die Regierung muss endlich handeln und dafür sorgen, dass die Post so geführt wird, wie es den Interessen der österreichischen Bevölkerung entspricht.“

800.000 Euro: 10 Jahre „Tag der offenen Konten“

Jedes Jahr legen die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ offen, wie sie ihre Politikerbezüge verwendet haben. 2008 wurden von den Landtagsabgeordneten der KPÖ Renate Pacher, Werner Murgg, Claudia Klimt-Weithaler und Klubobmann Ernest Kaltenecker sowie von der Grazer Stadträtin Elke Kahr insgesamt 141.675,41 Euro zur Unterstützung von in

Not geratenen Menschen zur Verfügung gestellt.

Seit dem Einzug Ernest Kalteneckers in den Grazer Stadtssenat im Jahr 1998 haben KPÖ-Politikerinnen und -Politiker bereits mehr als 801.287,23 Euro aus dem Sozialfonds bezahlt.

Für KPÖ-Politikerinnen und -Politiker gilt eine Einkommensobergrenze von 2000,- Euro.



2000 Euro bleiben als Einkommen, der Rest der Politbezüge geht an Menschen in Not: KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher, die Grazer Wohnungstadträtin Elke Kahr, Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenecker

FP: Martin Graf hat abkassiert

Der FP-Spitzenmann Martin Graf kassiert als Nationalratspräsident ein sehr hohes Gehalt. Zuvor war er Vorstand im Forschungszentrum Seibersdorf. Als er gehen musste, bekam er insgesamt 270.000 Euro als Abfertigung und Prämie.

Bei den eigenen Super-

gehältern hört für die FP das soziale Denken auf.

Auch beim BZÖ steht man da nicht nach. Der Kurzzeit-Nachfolger des verunglückten Kärntner Landeshauptmanns, Stefan Petzner, bezieht mehrere Einkommen, in Summe etwa 11.000 Euro monatlich.

Airpower: Kein Schadenersatz für Belastungen

Während Bund und Land für lebensnotwendige Dinge kein Geld haben, wird für eine Flugshow wie die Airpower 09 hemmungslos Geld verschwendet. Über 800.000 Euro an öffentlichen Mitteln

fließen in dubiose Kanäle, während etwa die Therme Aqualux nullkommanix bekommt.

Wer entschädigt eigentlich die Leute in der Region, die am 26. und 27. Juni die Flucht ergreifen müssen?

Der Mensch geht vor Profit

Mit einer noch nie da gewesenen Geschwindigkeit frisst sich die Krise in alle Bereiche der Wirtschaft und hinterlässt eine Spur der Verwüstung. Nach der massenhaft angemeldeten Kurzarbeit drohen jetzt Massenentlassungen im großen Stil. Die Zahl der offiziellen Arbeitslosen wird im Krisenjahr 2009 um 25 bis 33 Prozent steigen.

Der Welthandel ist in den Monaten November bis Januar mit einer Dynamik eingebrochen, die stärker war als während der Großen Depression vor 80 Jahren. Der Export fiel allein im November 2008 um 10,8 Prozent und im Dezember um weitere vier Prozent. Für das erste Quartal 2009 wird ein weiterer Rückgang von sieben Prozent vorhergesagt. Die Folge wird eine Entlassungswelle sein, die alles bisherige in den Schatten stellt.

Während Millionen Frauen und Männer ihre Arbeit, ihr Ersparnis, ihre Lebensgrundlagen verlieren, werden den Banken, Konzernen, Fonds und Superreichen, die die Finanzexzesse verursacht und sich daran goldene Nasen verdient haben, unsere Steuergelder milliardenfach hinterhergeschmissen.

Jetzt gilt es, Massenentlassungen zu verhindern, Tarifforderungen und eine Arbeitszeitverkürzung trotz des Drucks der Krise durchzusetzen und soziale Leistungen zu verteidigen. Dabei darf es keine Tabus geben. Jetzt müssen auch grundlegende Veränderungen der kapitalistischen

Eigentums- und Machtverhältnisse angegangen werden:

Nur durch die Überführung der Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle können Geld und Kredite in den produzierenden Sektor der Wirtschaft geleitet und vorrangig für Beschäftigung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, für soziale und ökologische Ziele eingesetzt werden. Bei betrieblichen Investitionen sind wirksame Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und der Gewerkschaften nötig.

Investitionsprogramme zum Bau von Wohnungen, für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, für Bildungs- und Kultureinrichtungen, zur Umweltsanierung, für erneuerbare Energien und Energieeinsparung schaffen sinnvolle Arbeit und Zukunft für die nächsten Generationen. Der Bedarf ist vorhanden. Vorhanden sind auch die finanziellen Mittel: Durch progressive Besteuerung der Unternehmensgewinne und der Einkommen und Vermögen der Reichen sowie durch Senkung der Rüstungsausgaben können öffentliche Investitionsprogramme finanziert werden, ohne dass die Staatsverschuldung weiter wächst.

Es geht nicht um die Stabilisierung der Finanzmärkte - damit dann das nächste Spekulationsrad noch gewaltiger gedreht

werden kann -, sondern um die Eindämmung der Macht des Finanzkapitals und die Abschöpfung der zu Spekulationszwecken eingesetzten Gelder.

Diese Politik könnte Arbeitsplätze schaffen, die Lebenssituation der arbeitenden Menschen verbessern und die Wirkungen der kapitalistischen Wirt-



schaftskrisen mildern. So könnte auch der Weg in eine Gesellschaft geöffnet werden, in der nicht mehr der Profit, sondern

der Mensch das Maß aller Dinge ist. Wehren wir uns gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die einfachen Leute in Österreich.

Richtsätze für das Jahr 2009

PENSIONEN

Die Mindestpensionen (Pensionen mit Ausgleichszulagen) 2009

| Mindestpension (mit Ausgleichszulage) | brutto |
|--|------------|
| Alleinstehende: | € 772,40 |
| Ehepaare (Familien): | € 1.158,08 |
| Erhöhung der Ausgleichszulage pro Kind | € 80,95 |

Kinderzuschuss zur Eigenpension € 29,07

Von diesen Richtsätzen werden 5,1 % für die Krankenversicherung abgezogen.

PFLEGE GELD

Das Pflegegeld wurde 2009 je nach Pflegegeldstufe zwischen 4 und 6 % erhöht. Es wird in 7 Stufen gewährt und beträgt monatlich für

| | |
|---------|------------|
| Stufe 1 | € 154,20 |
| Stufe 2 | € 284,30 |
| Stufe 3 | € 442,90 |
| Stufe 4 | € 664,30 |
| Stufe 5 | € 902,30 |
| Stufe 6 | € 1.242,00 |
| Stufe 7 | € 1.655,80 |

RUNDFUNK- UND TELEFONGEBÜHRENBEFREIUNG

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von

| | |
|---|------------|
| für Alleinstehende | € 865,09 |
| für Ehepaare | € 1.297,05 |
| für jede zusätzliche Person im Haushalt | € 90,66 |

HILFE IN BESONDEREN LEBENSLAGEN

Lt. § 15 Sozialhilfegesetz **kann** Menschen in besonderen Not-situationen (z.B. drohender Wohnungsverlust wegen Miet-rückstandes) finanzielle Unterstützung gewährt werden – Antrag über die Gemeinde oder den Magistrat. Es besteht **kein Rechtsanspruch**.

INFORMATIVE INTERNETADRESSEN

www.help.gv.at Wegweiser durch Behörden
 www.sws.or.at Wohnungsservice Graz
 www.ams.or.at Online Jobsuche

Erzberg
 Rund um den
 Verleger und Herausgeber:
 KPÖ-Eisenerz, 8790 Eisenerz,
 Druck: Hausdruckerei, Lager-
 gasse 98a, 8020 Graz, Tel.
 0650/8732 160.

Die Krise entzaubert EU und Euro

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa entzaubert die EU und stellt sogar den Euro in Frage. Ganz im Gegenteil zu den täglichen Propaganda-Märchen in den Medien ist das eine Tatsache.

Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder: „Man redet davon, dass die EU einen Schutz vor der Krise bieten würde. In Wirklichkeit sieht die Öffentlichkeit immer deutlicher, dass die Herrschenden in den einzelnen Staaten jetzt gegeneinander agieren, um „ihre eigenen“ Großkonzerne und Banken zu retten, auch auf Kosten der anderen. Die Interessen der arbeitenden Menschen stehen dabei an letzter Stelle.“ Selbst die Tageszeitung Kurier spricht jetzt in einem Kommentar von der „Chaos-Union“. Die österreichischen Banken und die Regierung zittern wegen

der Pleite in Osteuropa.

Und auch der Euro ist dabei, als Gemeinschaftswährung die erste Belastungsprobe nicht zu bestehen: Das „Rating“ von Staaten wie Griechenland, Spanien, Italien oder Irland hat sich so dramatisch verschlechtert, dass die Tageszeitung Presse die Schlagzeile „Euro in Gefahr?“ verwenden musste. Und selbst der Chef der EU-Zentralbank, Trichet, der noch immer behauptet, es wäre unangemessen, diese Gefahr zu sehen, verlangt von den Mitgliedstaaten jetzt „eine nachhaltigere Politik“.

Darüber hinaus kann

man in EU-Mitgliedsstaaten wie Lettland oder Ungarn sehen, was uns noch bevorsteht: Aus der Wirtschaftskrise wird eine gesamtgesellschaftliche Krise, die auf Anordnung von EU-Kommission und IWF durch Lohnabbau und Streichen von Sozialleistungen ohne Rücksicht auf die Forderungen der Bevölkerung überwunden werden soll.



Parteder: „Die Politiker und Meinungsmacher sollten mit ihren Lobeshymnen auf die EU endlich aufhören und der Bevölkerung reinen

Wein einschenken. Vor einem Vierteljahr haben sie noch geleugnet, dass die heutige Situation eintreten könnte. Jetzt wollen sie die Krise noch immer schönreden.“

Frauen: Weniger wert als Männer?

Ist Arbeit, die von Frauen geleistet wird, weniger wert? Warum unternimmt die „Hohe Politik“ nichts gegen die Benachteiligung? Soll man diese Ungleichheit als „gelebte Demokratie“ begreifen? Ich meine: Nein.

In Privatbetrieben ist es noch immer so, dass Frauen weniger Lohn bekommen, auch wenn sie die gleiche Arbeit wie Männer leisten. In Österreich verdienen Frauen durchschnittlich um ein Viertel weniger als Männer. Nur Estland liegt noch darunter.

Als ich vor 50 Jahren noch ein Kind war, hörte ich die Leute sagen: „Der Mann muss mehr Geld bekommen – schließlich versorgt er die Familie“. Wohlgermerkt leisteten auch damals Frauen wie Männer die gleiche Arbeit im Betrieb.

Mit dieser Form der Lohnzahlung steigerte sich nur das Vermögen des Unternehmers. Keinem einfachen Menschen würde es einfallen, für eine von Frau oder Mann geleistete Arbeit unterschiedliche Beträge zu bezahlen.

Unsere Politiker stört diese Lohnungerechtigkeit in keinsten Weise. Egal, ob Rot oder Schwarz regiert. **Man hört nur Lippenbekenntnisse.**

Liebe Frauen, wehrt Euch! Seid solidarisch und helft denen, die immer noch dieses Unrecht erfahren!

Eine Form der Hilfe ist es, jenen Parteien, die diese Ungerechtigkeit nicht abschaffen, bei Wahlen keine Stimme zu geben. Am 8. März den Internationalen Frauentag zu begehen, sehe ich als gute Sache. Das Ziel muss sein: **GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT!**



Arbeitende Menschen, Pensionisten, Häuslbauer müssen schauen, wo sie bleiben, wenn ihnen das Geld ausgeht oder die Bank den Kredit fällig stellt. Niemand zahlt ihre Schulden, wenn ihnen das Geld ausgeht. Anders bei den Banken: Wenn sie Milliarden verspekulieren, muss die Bevölkerung dafür geradestehen.

KPÖ LABg. Ernest Kaltenegger



Was uns AUF- und EINFÄLLT...

...dass die Raiffeisenbank, die Sparkasse Eisenerz, die PSK und das Kaufhaus Spar unseren Kinderland-**Kinderfasching** auch heuer wieder mit kleinen Sachpreisen unterstützt haben. Wir danken ihnen dafür herzlichst.

★

....dass es für die **Abbruchhäuser** Subventionen an die Wohnbaugesellschaften gibt. Die Friedhofsmauer entlang der Bundesstraße wird aber bis heute keiner Sanierung zugeführt wird, da die finanziellen Mittel fehlen.

★



Die Krise hat einen Namen:
KAPITALISMUS

...dass Karl Marx doch recht hatte. Der **Kapitalismus** ist gescheitert. seine Krisen bedrohen den Zusammenhalt der Gesellschaft.

★

... dass die gesamte **Müllentsorgung** durch die öffentliche Hand zu sozialen Tarifen erfolgen muss und nicht durch die Privatisierung und Geschäftemacherei wie dies bisher bereits geschieht.

★

...dass es in der Steiermark 22 **weibliche Bürgermeister** gibt. In Niederösterreich sind es 34.

★

...dass **leerstehende Geschäfte und Auslagen** nicht dazu da sind, damit Plakate angebracht werden. Das



trägt sicher nicht zur Verschönerung unseres Stadtbildes bei. Es sollten endlich Plakattafeln aufgestellt werden, damit Vereine und Organisationen ihre Plakate anbringen können.

★

...dass es immer wieder **Beschwerden** über die Sandstreuung und die Schneeräumung gibt. Aber leider ist es in einer Stadt wie Eisenerz so, dass trotz der Bemühungen des Wirtschaftshofes nicht überall gleichzeitig geräumt und gestreut werden kann.

★

...dass manchen SPÖ-Politikern ihr Gesicht in der **Gemeindezeitung**

zu wenig oft erscheint und daher mit Steuergeldern auch in regionalen Zeitungen Werbung gemacht wird.

★

... dass von 19. März bis 1. April die Arbeiterkammerwahl stattfindet. Der KP-nahe Linksblock –GLB, Liste 5 –tritt mit Arbeiterkammerrat Peter Scherz als Spitzenkandidat an. Als echter Arbeiter – gegenüber vielen Berufspolitikern – möchte er in der Kammervollversammlung „die Stimme aus dem Betrieb“ sein. Bei der Wahl sind auch Arbeitslose und geringfügig Beschäftigte wahlberechtigt. Achten Sie auf die Wahl-Verständigung!

KAPITALISMUS? Arbeiterkammerwahl: 19. März bis 1. April

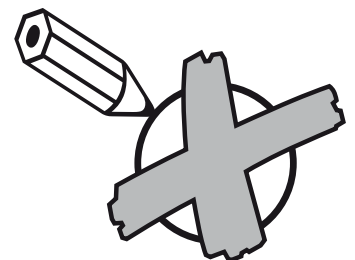


Mit Rat und Tat - dein Kammerrat



Peter Scherz.
Arbeiterkammerrat
des GLB

LISTE 5



**Gewerkschaftlicher
Linksblock**

Kommunisten, Linke Sozialisten und
Parteilose. <http://steiermark.glb.at>